

# Beilage zum Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tagblatt.

Nr. 290.

Sonntag, den 14. Dezember 1913.

40. Jahrgang

Von den im Amtsgerichtsbezirk Hohenstein-Ernstthal erscheinenden Blättern die

**Gelesenste Zeitung** in Ernstthal, Oberlungwitz, Gerzdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Langenchursdorf, Wilsenbrand, Mittelbach, Erlbach, Kirchberg, Ursprung, Bernsdorf, Müsdorf usw.  
**Einzige Zeitung im Bezirk, die eine ständig steigende Abonnentenziffer nachweisen kann.**

## Deutscher Reichstag.

188. Sitzung vom 12. Dezember.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Hoff (Wpt.) erl. d. Reichstag, dass die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 bis Ende Januar 1914 veröffentlicht werden sollen, wenn das Material der Bundesregierungen rechtzeitig eingehe.

Auf eine Anfrage des Abg. Zyl (Zentr.) erwidert Direktor Caspar, dass die für 1913 verordnete Denkschrift über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften dem Reichstag im Laufe der Session zugehen werden.

Die Uebersicht über Maßnahmen gegen Pest, Cholera und Gelbfieber wird in dritter Lesung endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Antrags Wassermann (natl.) auf Gewährung von 2 Millionen Mark zur Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Wassermann (natl.) berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission. Eine deutsche Ausstellung findet unter allen Umständen statt. Es handelt sich darum, sie würdig zu gestalten. Die Regierung trat dem Antrage entgegen und machte vertrauliche Gründe der äußeren Politik geltend, aus denen hervorgeht, dass ein politischer Schaden für Deutschland bei einer Nichtbeteiligung nicht entsteht. Der Schatzsekretär erhob finanzielle Bedenken. Eine Aenderung in der Ansicht der Kommission trat aber erst ein, nachdem von der Regierung erklärt wurde, dass es technisch nicht möglich sei, in der kurzen, noch zur Verfügung stehenden Frist, eine würdige Ausstellung herzustellen. Die Kommission beschloß daher, von einer Beschlußfassung abzusehen und dem Kaufe die Entscheidung über den Antrag zu überlassen.

Schatzsekretär Lewald: Bei den früheren Ausstellungen in Amerika, in Chicago und St. Louis, standen achtzehn Monate zur Verfügung und dabei hat es der äußersten Anstrengung bedurft, um fertig zu werden. Jetzt hätten wir nur vierzehn Monate und eine Woche Frist. Dazu kommt die außerordentliche Enternung. Auf dem Landwege von Baltimore bis San Francisco würde der Transport sechs Wochen dauern selbst bei günstigen Verhältnissen, die nicht zu erwarten sind. Die Fahrt durch den Panamakanal empfiehlt sich im Januar noch nicht. Bei der Fahrt um Kap würde der Transport 98 Tage dauern. Rechnet man zu der Zeitdauer das Ein- und Ausladen der Ausstellungsgegenstände, so kommt mindestens eine Zeit von dreieinhalb Monaten heraus. Da bleibt zu wenig Raum für die Vorbereitung, zumal auch der Aufbau noch längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Ausstellung selbst aber soll doch eine Ueberschätzung sein, sodass die Besucher sich sagen: Wir haben gar nicht gewußt, daß Deutschland das leisten kann. Die Kosten für das Deutsche Haus sind zu niedrig angenommen worden. Eine Million genügt nicht. Das Deutsche Haus in St. Louis kostete 1,60 Millionen. Das müßte zum mindesten wieder angewendet werden. Zu berücksichtigen sind die hohen amerikanischen Stundenlöhne, die inzwischen noch größer geworden sind. Dazu kommen die erhöhten Versicherungssummen in Amerika. Auf Grund aller dieser Erwägungen ist man im Reichsamt des Innern zu der übereinstimmenden Uebersetzung gekommen, daß die Sache unter fünf Millionen nicht zu machen ist. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die Zeit nicht ausreicht, um eine Ausstellung hinzustellen, die dem deutschen Namen gerade in Amerika, wo man die höchsten Anforderungen stellt, Genüge tut, so muß man seine bisherige Ansicht ändern. Denn wenn es nicht eine würdige Ausstellung wird, dann ist jeder Betrag da in den Stillen Ozean geworfen.

Präsident Kampf: Ich nehme an, daß damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt ist.

Darauf wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt. (Fünftes Beratungstag.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Der Rückgang der Einnahmen aus der Branntweinsteuer ist ein Fortschritt für die Volkswirtschaft. Die Vorannahme in Bayern

mifbilligen auch wir aufs stärkste. Schimpfworte sollten nicht gebraucht werden. Die Berichterstattung war jedoch tendenziös. Der amtliche Apparat hat versagt; er hätte durch schnellere Berichtigungen viel verhüten können. Gegen das Mißtrauensvotum haben wir gestimmt, weil die Sozialdemokraten es von vornherein als vollendetes Mißtrauensvotum behandelten, um draußen Stimmung zu machen. Den Weg zum parlamentarischen Regiment gehen wir nicht. Wichtiger als der Arbeitswilligenschutz erscheint uns ein besserer Schutz gegen Verleumdungen durch die Presse. Die Stimmung für besseren Schutz der Arbeitswilligen ist erst seit der preussischen Landtagswahl so stark geworden. Man muß zuerst die Quelle des Terrorismus durch ein besseres geheimes Wahlrecht verstopfen. Den schlimmsten Koalitionszwang über die Unternehmer zugunsten der gelben Gewerkschaften aus.

Abg. Seyda (Pol.): Es ist beschämend, daß der Reichskanzler das Mißtrauensvotum so geringschätzig behandelt hat. Die Balkankämpfe sind ein Menetekel für alle Völker, die nationale Minderheiten unterdrücken wie Preußen. (Vizepräsident Paasche rügt den Ausdruck.) Unverständlich ist uns, wie man die bereits zweimal abgelehnte Ostmarkenzulage in den Etat wieder einstellen kann.

Abg. Alpers (Welfe): Wir freuen uns der Besserung unserer Beziehungen zu England. Gegenüber den Bemerkungen des Abg. Paasche über die Gestaltung der Dinge in Braunschweig und Hannover und unsere Stellung zu ihrer Neugestaltung möchte ich bitten, endig einmal mit den Entstellungen über die Bestrebungen und Ziele meiner Partei aufzuhören. Die welfischen Bestrebungen sind nicht gegen das Reich gerichtet. Solche Behauptungen werden wider besseres Wissen aufgestellt. Als im Frühjahr Welfen und Hohenzollern sich die Hand zum Bunde reichten, glaubten viele, daß die Ziele der Welfenpartei erfüllt seien. Das zeigt, wie sehr unsere Bestrebungen verkannt werden. Hannover hat seinerzeit keinen Anlaß zu dem Kriege gegeben, der ein Unrecht war und dessen Ergebnis damit auch ein Unrecht war. Darum protestieren wir gegen dieses Unrecht und fordern unser Recht von den deutschen Vorfahren. Papst Pius hat ausdrücklich erklärt, daß er einen Triumph der Gewalt über das Recht nicht sanktionieren könne. Wir sind Monarchisten und können das Legitimitätsprinzip auch für Hannover nicht preisgeben. Es ist eine Revolution von oben. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler das Recht des Landes Braunschweig ausdrücklich anerkannt hat. Er stellt dabei die Loyalität des Landes und die der Fürsten fest. Auf Grund dieses tieflichen Anerkenntnisses fordern auch wir die Selbstständigkeit Hannovers. Es ist unverständlich, weshalb nicht auch für ein Königreich Hannover, das ferndeutlich ist und treu zu Kaiser und Reich steht, Raum sein soll. Die Notwendigkeit der Annexion Hannovers kann der Reichskanzler nicht beweisen. Ob die welfische Bewegung wirklich im Absterben begriffen ist, wie er meinte, soll der Reichskanzler doch ruhig abwarten. Ebenso wenig wie aus den siddischen Esaffern kann man aus den niederdeutschen Hannoveranern norddeutsche Preuten machen. Der Herzog von Braunschweig hat mit der Anerkennung des gegenwärtigen Verhältnisses in seinem Briefe an den Reichskanzler weder direkt noch indirekt auf Hannover verzichtet. Das hat in Hannover große Verleumdung erweckt. Auch wir sind bereit, das Reich gegen jeden äußeren Feind zu verteidigen. Aber unbeschadet dieser selbstverständlichen Kardinalpflicht werden wir niemals aufhören, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches zu kämpfen. Dieser Kampf ist uns eine heilige sittliche Pflicht, wir werden ihn fortführen für Freiheit und Recht. (Beifall bei den Welfen.)

Abg. David (Soz.): Das sogenannte „ewige Recht“ in Hannover besteht erst seit 1866; die Ewigkeit fängt aber schon vorher an. (Große Heiterkeit.) Die große Mehrheit des hannoverschen Volkes denkt über die Rechtsfrage wie die Sozialdemokratie. Der Grundsatz von der Sparsamkeit muß da in führen,

daß künftig einmalige Heeresausgaben nicht durch Anleihen, sondern durch eine Wiederholung des Beitrages gedeckt werden. (Ginge es nach den Konservativen, so hätten wir schon morgen neue Mißtrauensforderungen. Sie sind ja interessiert an den Dividenden der großen Mißtrauensfirmen. Ein friedliches Verhältnis zu Frankreich ist die Grundlage des europäischen Friedens. Wir wollen auch keinen Krieg mit Rußland. Aber ein Druck sollte ausgeübt werden gegen das russische Regime mit seinen Grausamkeiten gegen politische Geangene. In der Frage des Arbeitswilligenschutzes ist der Kanzler nur das Werkzeug der Konservativen, die das deutsche Volk vor dem Terrorismus bewahren wollen, obwohl ihr ganzes Regiment nur Terrorismus ist. (Der Reichskanzler erscheint im Saal.) Gegen die Refuten in Bayern ging man schnell vor, das Urteil gegen den Leutnant wird nicht mitgeteilt. Als der Redner von dem „sogenannten“ Herrn Reichskanzler spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Hoffentlich übt das Mißtrauensvotum einen moralischen Zwang aus und hat wenigstens eine Reform des Militärrechts zur Folge.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg: Die sozialdemokratischen Anträge auf Verfassungsänderungen beweisen, wozu die verfassungsgerechte Entwicklung führen würde, wie Abg. David sie sich denkt. Diese Anträge bedeuten eine völlige Verschiebung der Gewalt. Sie verlangen die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers auf Grund eines Reichstagsbeschlusses. Der Reichstag soll über Krieg und Frieden entscheiden. Die Macht und die Gewalt des Kaisers sollen also vollständig geschwächt werden. Abg. David hat nur gesagt, es bestehe eine Kluft zwischen den Offizieren und den Mannschaften. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es gibt wohl kein Heer in der ganzen Welt, in dem das vertrauensvolle und gute Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten so gepflegt wird wie in dem deutschen Heere. (Beifall, Lachen der Soz.) Wer das bestreitet (Zuruf der Soz.: Jeder, der Soldat gewesen ist), der macht die Augen nicht auf. Lesen Sie die Geschichte unserer Kriege nach. In diesem Jahre haben sich die alten Soldaten zu Tausenden bei ihren alten Regimentern eingefunden, um die Erinnerung an die große Zeit zu feiern. Das wäre nicht möglich, wenn tatsächlich eine Kluft bestände. Ich halte es für verhängnisvoll, wenn von den Sozialdemokraten in dieser Weise Unzuverlässigkeit in das Heer getragen wird. Abg. Erzberger sagt, daß seine Fraktion dem Mißbilligungsantrag zugestimmt habe, weil ich ungesetzliche Gewalt beschönigt und verteidigt hätte. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Der Interpellationsbeschluss sollte ein politisches Urteil darstellen, so hielt es. Dieses Urteil konnte zunächst doch nur dahin gehen, daß bei uns Recht und Gesetz unter allen Umständen von den öffentlichen Gewalten in allererster Linie gewahrt werden müssen. Nun, wenn Sie an meine Ausführungen zurückdenken, dann werden Sie finden, daß ich diesen Grundsatz scharf und nachdrücklich ausgesprochen habe. Ein Reichskanzler, der diesen Satz ablehnen würde, müßte sofort von seinem Platte weichen. (Zuruf der Soz.: Na also!) Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn ein Recht verlegt ist, die Sühne im geordneten, rechtlichen Verfahren erfolgen müsse. Dieses Verfahren ist sofort eingeleitet worden. Habe ich mich dem vielleicht widersetzt? Am ersten Tage der Interpellationsdebatte habe ich für die Aemter das Recht in Anspruch genommen, sich gegen direkte Angriffe zu wehren. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab die militärischen Maßnahmen, soweit die Untersuchung bisher geführt wurde, eine Ueberschreitung der gesetzlichen Schranken bedeuteten. Der Abg. Erzberger hat auch übersehen, daß ich bei meinem Hinweis auf die Verschiedenartigkeit der Motive und Ziele des Interpellationsbeschlusses mich nicht gegen die bürgerlichen Parteien, sondern gegen die sozialdemokratische Fraktion gewandt habe, die aus den Zaberener Vorgängen den Anlaß zu einem Sturm auf gegen die Verfassung und die kaiserlichen Rechte zu nehmen versuchte. (Unruhe links.) Die sachlichen Motive, die von bürgerlicher Seite um Recht und Gesetz hier geltend ge-

macht worden sind, würdige ich durchaus, doch lege ich Verantwortung gegen die Behauptung ein, ich hätte das Recht nicht geschützt. Das ist eine Umkehrung des wirklichen Sachverhalts, die ich entschieden zurückweise. (Beifall.)

Abg. Hoff (Wpt.): Der Kanzler hat das Mißtrauensvotum doch nicht so auf die leichte Achsel genommen, wie es anfangs schien. Den Kriegsminister bitte ich, bestimmt zu erklären, daß Bayern die Garnison nicht dauernd verlieren soll. Die deutsche Viehzucht muß so gestärkt werden, daß der heimische Bedarf gedeckt wird. Die Agrarier sprechen schon davon, chinesische Stulsi als Landarbeiter einzuführen. Wir brauchen eine großzügige innere Kolonisation.

Abg. Bloss (Soz.): Die welfische Agitation ist nicht so gefährlich wie die preussische Junteramarilla. Die Geschichte Braunschweigs zeigt, daß man von Legitimität nicht viel reden kann. Wir protestieren gegen die uns aufgezwungene Dynastie und hätten eine Volksabstimmung gewünscht.

Abg. Kopsch (Wpt.): Meine Freunde sind sich in der Frage des Arbeitswilligenschutzes einig. Wir verwerfen jeden Eingriff in das Koalitionsrecht.

Abg. Erzberger (Zentr., persönlich): Ich habe nicht gesagt, der Kanzler hat Gesetzesübertretungen beschönigt, sondern nur, er hat im Zaberener Falle den Schutz des Rechts versagt. Das halte ich aufrecht.

Darauf geht der Etat an die Budgetkommission.

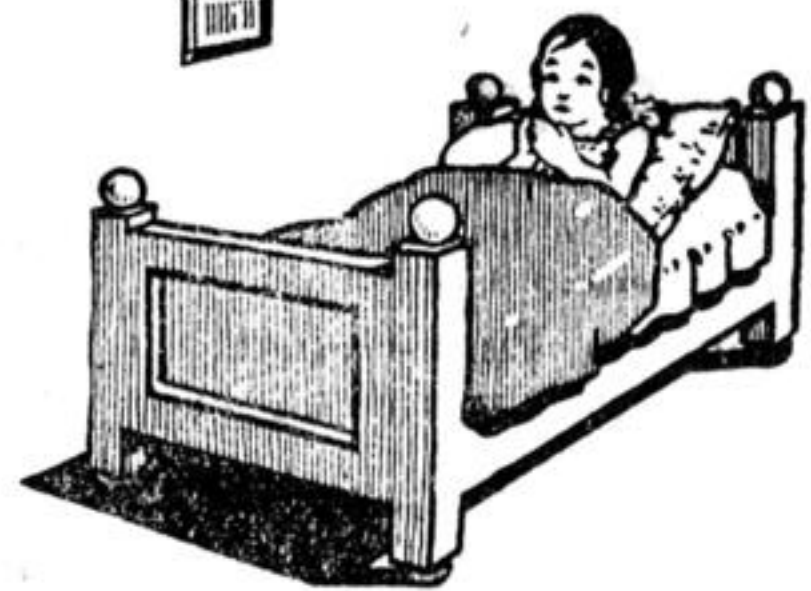
Es folgte die sozialdemokratische Interpellation über den Ausschluß Liebknechts (Soz.) aus der Mißtrauungskommission.

Abg. Ledebor (Soz.) führte unter Heiterkeit der Reden aus, daß seine Partei geglaubt habe, der Regierung würde gerade der Abg. Liebknecht sehr genehm sein. Da er doch als guter Patriot das Blutgeschwür der Krupp-Korruption aufgesochen habe.

Staatssekretär Delbrück gab eine genaue Darlegung der Gründe, die zur Ablehnung des Abg. Liebknecht führten. Es habe ihm von Anfang an daran gelegen, solche Mitglieder in die Mißtrauungskommission zu bekommen, die als wirkliche Sachverständige der Materie in Betracht kamen. Die Fraktion wollte den Abg. Liebknecht in die Kommission haben. Er habe der Fraktion darauf mitgeteilt, daß Abg. Liebknecht wohl nicht der geeignete Mann sei, nachdem er in der Märe der Krupp-Prozesse ein wenig dem Gesamtwohl dienende Haltung beobachtet habe.

Die Abg. Gotthein (Wpt.) und Roske (Soz.) sprachen sich im Sinne der Interpellation, die Abg. Schiffer (natl.) und v. Camp (Wpt.) dagegen aus.

Nach herzlichen Festwünschen an die Mitglieder des Hauses beramte der Präsident die nächste Sitzung auf Dienstag, den 13. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr an.



Du lieber, guter Weihnachtsmann,  
O höre meine Bitte an:  
Ich wünsch' mir eine Küchenshürze  
Und auch ein Fläschchen Maggi's Würze.  
Dann noch Maggi's Suppen viele,  
Weil ich so gerne hausfrau spiele,  
Und schön, wie Mutchen, Koch ich dann.  
Bist Du einft hungrig, Weihnachtsmann,  
So komm zu mir und sei mein Gast,  
Fein schmeckt, was Du bescheeret hast.

## Fundament Wilsenbrand.

Gefunden:

- 1 kleiner Leiterwagen.
- 1 Zigelaufer.
- 1 Dachshund.
- 1 Wolfshund, gelb-schwarz.

Crefelder Seidenhaus Chemnitz, Ecke Post- u. Kronenstr. Modernes Spezialhaus für Seidenstoffe  
Kleiderbesätze. Spezialität: Brautseiden